

„Kampf um guten und bezahlbaren ÖPNV ist Kampf um das Grundrecht an Teilhabe“!

Lebhafte Debatte um Sozialtickets und Energietarife bei „Fraktion vor Ort“ in Kevelaer

Rund 30 interessierte Bürgerinnen und Bürger diskutierten am Abend des 20. November im Haus Gelder Dyck mit den beiden LINKEN- Bundestagsabgeordneten Ulla Lötzer und Hüseyin Aydin unter dem Motto „Bezahlbar für alle?! Kultur, Verkehr, Energie“ über die Forderung nach Sozialtickets und Sozialtarifen. Mit auf dem Podium: der ver.di Geschäftsführer Thomas Keuer, Klaus Kubernus-Perscheidt von attac und Jörg Detjen von der Kölner Ratsfraktion DIE LINKE.

Ulla Lötzer erläuterte zu Beginn die Haltung der Fraktion zu Sozialtarifen und Sozialtickets. So befürwortete die Fraktion Sozialtarife für Energie und habe auch eine Initiative in den Bundestag eingebracht. Sie fordere einen bundesweit gesetzlich abgesicherten Sozialtarif, bei dem die Betroffenen – sowohl Leistungsbezieher nach SGB, als auch Erwerbstätige unter der Armutsgrenze – unbürokratisch über Gutscheine direkt Energie von ihrem Energieversorger anfordern können. Bezahlt werden könnte das entweder über die Einnahmen aus der gestiegenen Mehrwertsteuer auf Energie oder aus den Einnahmen aus dem CO₂ - Zertifikat-Handel.

„Rund 800 000 Menschen wird nach Auskunft der Bundesregierung jährlich der Strom abgestellt,“ berichtet Lötzer. „Fast eine Million Menschen muss zumindest vorübergehend ein Leben ohne Küchengeräte, Kühlschrank, Fernseher und Radio führen - dass muss man sich mal vorstellen. Hier sieht man mal wieder: der Regelsatz von Hartz IV reicht hinten und vorne nicht für die grundlegendsten Bedürfnisse. Und gerade im Winter treffen die Strom- und Energiesperren die Schwachen am stärksten. Damit muss Schluss sein! Die Fraktion unterstützt auch die Einführung von Sozialtickets. Da übernimmt sie aber mehr eine koordinierende Rolle, auch indem sie einen entsprechenden Leitfaden zusammengestellt hat.“

Klaus Kubernus-Perscheidt, Mitinitiator des Bürgerantrages für ein Sozialticket in den Kreisen Kleve und Wesel schilderte eindrücklich Situation vor Ort: „Rund 50 000 Menschen, die Hartz IV und Sozialhilfe beziehen, sowie fast 70 000 Menschen, die im Niedriglohnbereich arbeiten können sich die Verkehrstarife im VGN oder den Schwimmbadeintritt nicht leisten. Sie werden so systematisch von der Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ausgeschlossen. Wir setzen uns deshalb mit einem breiten Bündnis – von KAB über attac bis zur LINKEN- für ein Sozialticket ein. Und das muss für alle unterhalb der Armutsgrenze gelten, auch für die vielen Menschen, die für Niedriglöhne arbeiten müssen oder Mini-Renten bekommen.“



Thomas Keuer wies auf die mangelhafte Grundversorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln in der Region hin: „Wer hier auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen ist, der kann einem Leid tun. Ganze Strecken sind ausgedünnt, der Tarifdschungel der Verkehrsverbände erschwert das Reisen am Niederrhein zusätzlich. Wir bräuchten eigentlich einen einheitlichen Verkehrsverbund in NRW und solange wir den nicht haben, müsste ein Sozialticket hier am Niederrhein auch verbandsübergreifend mit dem VRR gelten. Es darf nicht sein, dass im ländlichen Raum schlechtere Lebensbedingungen herrschen als in der Großstadt. Deshalb muss grundsätzlich der ÖPNV auch im ländlichen Raum wieder ausgebaut werden und bezahlbar sein. Ich unterstütze den DGB-Vorschlag für ein Sozialticket. Nach diesem Vorschlag führt die Landesregierung NRW-weit in allen Städten und Kreisen ein Sozialticket ein, das mindestens 40% billiger ist, als eine reguläre Monatsfahrkarte und vom Land mit rund 4 € pro Ticket monatlich bezuschusst wird.“ Das Geld könne nach Vorstellung des DGB auch aus den erhöhten Mehrwertsteuereinnahmen genommen werden, die das Land als Ausgleich für die reduzierten Regionalisierungsmittel bekomme.

Jörg Detjen berichtete von den durchweg positiven Erfahrungen, die man mit dem Köln-Pass gemacht habe. Der Köln-Pass gilt für alle Menschen, die Sozialhilfe oder ALGII beziehen oder mit ihrem Einkommen nur bis zu 10% darüber liegen. „Der Köln-Pass rechnet sich für die Unternehmen. Insgesamt haben die Verkehrsunternehmen, die Museen und öffentlichen Einrichtungen deutlich mehr Kunden gewonnen. Gerade der ÖPNV wird wieder stärker genutzt. Der Zuschuss der Stadt liegt gerade mal bei 4 Euro 10, das ist durchaus bezahlbar.“ Das Ziel der Kölner Ratsfraktion sei, den Köln-Pass auch für Menschen bereitzustellen, die bis zu 30% über dem ALGII Satz lägen. Detjen verwies auch noch einmal darauf, dass es wichtig sei, ein möglichst breites und starkes außerparlamentarisches Bündnis für ein Sozialticket aufzustellen, um auch den Druck im Stadtrat zu erhöhen.

Ulla Lötzer, MdB, mahnte an, die Debatte um Sozialtarife nicht als Kostendebatte, sondern immer auch als Wertedebatte zu führen: „Es geht bei der Frage nach Teilhabe um den Respekt vor den Menschen, die in Armut leben und um ihre Würde. Der Kampf um guten und bezahlbaren ÖPNV ist der Kampf um das Grundrecht an Teilhabe!“

Für Hüseyin Aydin, MdB, stand am Ende des Abends fest: „Wir müssen die Menschen emotional bewegen, sich gegen die jahrelange Politik der Umverteilung von unten nach oben zu wehren. Auch hier am linken Niederrhein muss klar benannt werden, wer für diese unsoziale Politik verantwortlich ist – die große Koalition, die schwarz-gelbe Landesregierung und hier vor Ort: die CDU! Man muss sich nur mal anschauen, in wie vielen Städten die CDU Front gegen einen Sozialpass macht.“ Er verwies außerdem auf den mangelnden Willen der Bundesregierung, die Schiene – gerade im ländlichen Raum – wieder auszubauen und so den ÖPNV zu bereichern. „Die Bahn soll zu einem profitablen Logistikunternehmen umgebaut werden, die Bedürfnisse der Menschen stören dabei nur.“